



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

Berlin, 16.06.23

## **Hagedorn: Haushaltsausschuss diskutiert über die „Bergung von Munitionsaltlasten“ – zentrale Fragen offen!**

*(Als Anlage finden Sie ein Foto zur freien Verfügung sowie den Haushaltsausschuss-Beschluss Dr.S. 2755 vom 08.11.2022)*

Kein Thema stand für das Umweltministerium im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in den letzten 12 Monaten so oft mit Debatte auf der Tagesordnung wie die „Bergung von Munitionsaltlasten“, wofür der Haushaltsausschuss im November insgesamt 100 Mio. Euro für den Auftrag für eine innovative Pilotplattform beschlossen und damit die Finanzmittel für das Umweltministerium fast verdoppelt hatte. Eigentlich hätte das Ministerium bereits zum 31. März einen Bericht an den Ausschuss über sein Konzept für die Beauftragung dieser Plattform abgeben müssen – aber leider kam dieser Bericht erst jetzt am 7. Juni und warf erneut viele Fragen auf, weswegen er in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 14. Juni unter TOP 29 ausführlich debattiert wurde.

Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete aus Ostholstein und stellv. Vorsitzende des Haushaltsausschusses, stellt fest, dass es ausdrücklich falsch sei, was das Ministerium – auch öffentlich – behauptet habe, dass der Haushaltsausschuss die 100 Mio. Euro (angeblich) mit der Maßgabe beschlossen habe, noch 2023 mit der Munitionsräumung mit konventioneller Technik und Verbrennung an Land zu beginnen. Hagedorn zitiert aus dem **Beschluss des Haushaltsausschusses vom 8. November 2022 (Zitat):** „Für die derzeit nicht bergungsfähige Munition stünde mit innovativen automatisierten Roboterbergungen ein Verfahren zur Verfügung. Die

schadlose Entsorgung (Verbrennung) bedarf einer mobilen, schwimmenden Anlage zur endgültigen, thermischen Vernichtung des Sprengstoffs/Delaborierungsplattform. Bis zum 30.06.2023 soll die Ausschreibung für die mobile, schwimmende Anlage erfolgen und bis Ende des Jahres sollen entsprechende Verträge geschlossen werden. Um die Verträge für den Bau der Anlage noch 2023 schließen zu können und das Pilotprojekt so schnellstmöglich umzusetzen, braucht es Verpflichtungsermächtigungen in Höhe der geschätzten Gesamtkosten (Anm.: Aufstockung auf 100 Mio. Euro). Mit der Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen wird dies sichergestellt.“

Bettina Hagedorn: „Bereits am 19. April dieses Jahres blieb im Haushaltsausschuss unsere Frage an das Umweltministerium nach der Leistungsqualität der ab Ende Juni zu beauftragenden mobilen Anlage zur Bergung und Verbrennung unbeantwortet. Jetzt jedoch kristallisiert sich heraus, dass das Umweltministerium bereits ‚vorab‘ für 30 Mio. Euro eine ‚Pilotierung‘ beauftragen will, bei der keinerlei ‚innovative, automatisierte Roboterbergung mit Verbrennung auf See‘ beauftragt wird, sondern ‚marktverfügbare Technik‘ mit einem Transport an Land zur Verbrennung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern geplant sei – dafür hat der Haushaltsausschuss die 100 Mio. Euro jedoch gar nicht vorgesehen. Auch, wenn wir uns alle über jede Tonne fachgerecht geborgene und verbrannte Munition aus der Ostsee freuen, so darf die Qualität und Kapazität der in Deutschland zu beauftragenden unbemannten Spezialplattform mit Verbrennung auf See unter gar keinen Umständen darunter leiden, weil die dafür erforderlichen 100 Mio. Euro bereits anderweitig ausgegeben wurden. Bereits im Mai 2021 auf der Maritimen Konferenz in Rostock hatte das Thema der Spezialisierung von innovativer Technik zur künftigen Räumung von Munitionsaltlasten und der Entwicklung von Know-How unserer maritimen Industriebetriebe eine wichtige Rolle gespielt. Im September 2023 ist die nächste Maritime Konferenz in Bremen – da hätte das Umweltministerium eigentlich sehr gut seine erfolgreiche innovative Beauftragung vorstellen können. Noch vor der Sommerpause werden die zuständigen Mitglieder im Haushaltsausschuss in einem gesonderten Gespräch mit dem Umweltministerium alle Fragen zu klären versuchen, die im

Haushaltsausschuss am 14. Juni nicht vom Ministerium beantwortet werden konnten. Es waren nicht wenige. ‚Knackpunkt‘ ist, dass laut der Aussage des Ministeriums die Bergungsplattform 2023 definitiv nicht als vollautomatisierte Variante mit der erforderlichen Verbrennungskapazität beauftragt werden soll, obwohl der Haushaltsausschuss des Bundestages parteiübergreifend genau dafür die benötigten 100 Millionen Euro im November beschlossen hat. Unsere Sorge im Haushaltsausschuss ist, ob die 30 Millionen Euro, die nun für die Bergung von ‚überwiegend Patronen und Granaten‘ mit marktüblicher Technik ausgegeben werden, wohl am Ende bei der Entwicklung und Produktion der eigentlich im Fokus stehenden ‚vollautomatisierten Bergungsplattform‘ fehlen könnten. Genau DAS darf auf keinen Fall passieren.“